VR-01-061 Aus der Dürre lernen – Wasser sichern, Landwirtschaft schützen, Klimaresilienz stärken

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 12.11.2026

Änderungsantrag zu VR-01

Von Zeile 60 bis 61 einfügen:
auszugleichen, verbraucht viel Wasser, verursacht hohe Kosten und ist sozial ungerecht.

Nitratbelastung durch Tierhaltung stoppen. Die Tierhaltung ist eine Hauptursache für die Überschreitung der Nitratgrenzwerte in deutschen Grundwässern. Wir fordern:

- Eine flächengebundene Obergrenze für Tierbestände, die konsequent durchgesetzt wird,
- Ein Ende der Subventionierung von Futtermittelimporten und Tierhaltung,
- Die verbindliche Ausweisung von Nitrat-Belastungsgebieten mit verbindlichen Reduktionszielen für die Tierhaltung,
Die Förderung tierfreier Alternativen in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung (Kitas, Schulen, Kantinen, Krankenhäuser).

Pflanzliche Ernährung als strategisches Ziel. Bündnis 90/Die Grünen bekennen sich zu einer Ernährungswende hin zu einer überwiegend pflanzlichen Ernährung. Wir fordern:

- Eine nationale Strategie zur Reduktion des Konsums aller tierischen Produkte (Fleisch, Milch, Käse, Butter, Eier, Honig und daraus verarbeitete Lebensmittel),
- Die steuerliche Entlastung pflanzlicher Lebensmittel und die Überprüfung der Mehrwertsteuer auf tierische Produkte,
- Die verbindliche Umstellung der öffentlichen Beschaffung und Gemeinschaftsverpflegung auf überwiegend pflanzliche, regionale und saisonale Angebote,
- Die Förderung von Forschung, Bildung und Beratung zu pflanzlicher Ernährung und zu Alternativen zu Milch und Eiern,
Eine klare Kommunikation: Wer weniger tierische Produkte konsumiert, schützt Wasser, Klima, Böden – und Tiere.

Begründung

Der Antrag fordert, die EU-Nitratrichtlinie endlich umzusetzen. Dieser Änderungsantrag benennt die Hauptursache und die Instrumente, und er verbindet den Gewässerschutz mit der Ernährungspolitik.

A. Nitratbelastung durch Tierhaltung stoppen

1. Ausmaß: Laut Nitratbericht 2024 liegt an 25,6 % der Messstellen des EU-Nitratmessnetzes die mittlere Nitratkonzentration über 50 mg/l (Zeitraum 2020–2022). Konzentrationen über 50 mg/l treten laut Umweltbundesamt vermehrt in Regionen auf, die durch intensive landwirtschaftliche Nutzung, zum Beispiel intensive Viehhaltung oder Gemüseanbau, gekennzeichnet sind [1]. Im EUA-Messnetz lagen 2024 15,7 % der Messstellen über dem Grenzwert; Mitgliedstaaten müssen Aktionsprogramme entwickeln, um Konzentrationen über 50 mg/l zu verhindern [2].

2. Flächenbindung: Nitratüberschüsse entstehen dort, wo mehr Gülle anfällt, als die Flächen aufnehmen können. Die Deutsche Umwelthilfe nennt als Kennzeichen industrieller Tierhaltung, dass die Tierbestände nicht an die Fläche vor Ort gebunden sind [3]. Die Düngeverordnung begrenzt die Stickstoffausbringung aus organischen Düngern bereits auf 170 kg N pro Hektar; in einzelnen niedersächsischen Landkreisen wurde diese Obergrenze zuletzt noch überschritten [4]. Eine flächengebundene Obergrenze für Tierbestände setzt am Ursprung des Überschusses an.

3. Folgekosten: Das Umweltbundesamt hat berechnet, dass die Aufbereitung nitratbelasteten Wassers ohne spürbare Maßnahmen 580 bis 767 Millionen Euro pro Jahr kosten könnte; in betroffenen Regionen könnte der Wasserpreis um 32 bis 45 % steigen [5]. Die Verursacher tragen diese Kosten nicht unmittelbar [5]. Steigende Wasserpreise belasten auch Geringverdiener [6].

4. Subventionen: Das Umweltbundesamt führt die ermäßigte Mehrwertsteuer auf tierische Produkte als umweltschädliche Subvention in Höhe von 5,2 Milliarden Euro [7]. Der Agrarökonom Friedhelm Taube fordert, pauschale Subventionen deutlich zu reduzieren und mehr Anreize für nachhaltige Landwirtschaft zu setzen [8]. Rund 26 % des verdaulichen Eiweißes in der deutschen Nutztierfütterung stammen aus Importfuttermitteln [9]. Die Forderung nach einem Ende der Subventionierung von Tierhaltung und Futtermittelimporten zielt darauf, dass öffentliche Mittel nicht länger Überschüsse und Importabhängigkeit begünstigen.

5. Gemeinschaftsverpflegung: Der WBAE empfiehlt unter anderem eine beitragsfreie, qualitativ hochwertige Kita- und Schulverpflegung [10] und bescheinigt der Gemeinschaftsverpflegung viel Potenzial für nachhaltigere Ernährung [12].

B. Pflanzliche Ernährung als strategisches Ziel

6. Wissenschaftliche Empfehlungen: Der WBAE empfiehlt, die Mehrwertsteuerermäßigung für tierische Produkte abzuschaffen [10]. 2025 hat er zudem gefordert, die steuerliche Schlechterstellung von Alternativprodukten zu beenden [11]. Das Umweltbundesamt schlägt vor, pflanzliche Grundnahrungsmittel wie Obst, Gemüse, Getreideerzeugnisse und pflanzliche Öle von der Mehrwertsteuer zu befreien. Nach einer ersten Schätzung würden private Haushalte dadurch mit rund 4 Milliarden Euro jährlich entlastet, Haushalte mit niedrigen Einkommen relativ am stärksten [13]. Die ermäßigte Mehrwertsteuer auf tierische Produkte bezeichnet das UBA als umweltschädliche Subvention; die Anpassung auf den Regelsatz soll aus sozialen Gründen erst später erfolgen, nachdem günstigeres Brot, Obst und Gemüse die Haushalte entlastet hat [13].

7. Strategie: Der WBAE schlägt eine 3-R-Strategie vor (Reduce, Remix & Replace: Portionsgrößen verringern, Hybridrezepte einsetzen, tierische Produkte ersetzen). Alternativen können helfen, den DGE-Richtwert von höchstens 300 Gramm Fleisch pro Woche zu erreichen [12].

8. Wasser und Klima: Nach Angaben des Umweltbundesamtes gehen in Deutschland rund zwei Drittel der Treibhausgasemissionen unserer Ernährung auf den Konsum von Fleisch, Wurst und Milchprodukten zurück. Für ein Kilogramm Rindfleisch fallen sieben bis 28 Kilogramm Treibhausgase an, für ein Kilogramm Gemüse weniger als eines [13]. Auch beim Wasser kann eine pflanzenbasierte Ernährung dazu beitragen, wertvolles Wasser zu sparen [14]. Eine Ernährungswende entlastet damit Gewässer und Klima gleichzeitig.

Quellen:

[1] Umweltbundesamt: Nährstoffe und Schadstoffe im Grundwasser (Nitratbericht 2024), https://www.umweltbundesamt.de/themen/wasser/gewaesser/grundwasser/nutzung-belastungen/naehr-schadstoffe

[2] Umweltbundesamt: Indikator Nitrat im Grundwasser, https://www.umweltbundesamt.de/indikator-nitrat-im-grundwasser

[3] Deutsche Umwelthilfe: Hintergrundpapier Nitrat und Düngeverordnung (Oktober 2024), https://duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Landwirtschaft/DUH_Nitrat_D%C3%BCngeVO_Hintergrundpapier_OKT24.pdf

[4] Niedersächsisches Landwirtschaftsministerium: Nährstoffbericht 2023/2024 – Fragen und Antworten, https://www.ml.niedersachsen.de/download/217666/Fragen_und_Antworten_Naehrstoffbericht_2023-2024.pdf

[5] CORRECTIV (2017): „Gülle macht das Trinkwasser teurer", zur UBA-Studie, https://correctiv.org/aktuelles/wirtschaft/agrarindustrie/2017/06/10/guelle-macht-das-trinkwasser-teurer

[6] Umweltbundesamt: Für Klima und Umwelt – tierische Produkte höher besteuern, https://www.umweltbundesamt.de/fuer-klima-umwelt-tierische-produkte-hoeher

[7] Umweltbundesamt (2017): Abbau umweltschädlicher Subventionen stockt weiter, https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/abbau-umweltschaedlicher-subventionen-stockt-weiter

[8] CORRECTIV: Gülle macht das Trinkwasser teurer (Zitat Friedhelm Taube, Universität Kiel), https://correctiv.org/?p=22603

[9] Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15296 (Antwort der Bundesregierung zur Eiweißpflanzenstrategie), https://dserver.bundestag.de/btd/19/152/1915296.pdf

[10] Universität Göttingen: Presseinformation Nr. 107/2020 zum WBAE-Gutachten, https://uni-goettingen.de/de/3240.html?id=5959

[11] WBAE (2025): Pressemitteilung zum Gutachten „Mehr Auswahl am gemeinsamen Tisch" (Thünen-Institut), https://www.thuenen.de/media/ti/Newsroom/Aktuelles/2025/20250722_WBAE_Alternative_Lebensmittel/20250722_PM_WBAE_final.pdf

[12] LebensmittelPraxis: Tierische Lebensmittel – neues Gutachten (WBAE 2025) setzt große Hoffnung auf Alternativprodukte, https://lebensmittelpraxis.de/handel-aktuell/45230-tierische-lebensmittel-neues-gutachten-setzt-grosse-hoffnung-auf-alternativprodukte.html

[13] Umweltbundesamt (09.06.2022): Pressemitteilung Nr. 28/2022 „Mehrwertsteuer ökologisch und sozial gestalten – Null Prozent auf pflanzliche Grundnahrungsmittel und öffentlichen Verkehr", https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/mehrwertsteuer-oekologisch-sozial-gestalten

[14] Heinrich-Böll-Stiftung / Wasseratlas 2025: „Wasser für Tiere: Es geht um die Wurst", https://www.boell.de/de/2025/01/08/wasser-fuer-tiere-es-geht-um-die-wurst